

Detlef Wetzel
Erster Vorsitzender der IG Metall



Statement
Jahrespressekonferenz der IG Metall 2015

Frankfurt am Main, 19. Januar 2015

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,
ich begrüße Sie herzlich und hoffe, Sie hatten einen guten Start ins neue Jahr.

Wir leben in bewegten Zeiten. Umso wichtiger ist es, wenn ich für die IG Metall feststellen kann: Auf uns ist Verlass.

Wir sind 2014 zum vierten Mal in Folge gewachsen.
Ende Dezember hatten wir genau 3.422 mehr Mitglieder als ein Jahr zuvor – das ist ein Plus von 0,2 Prozent.

Die IG Metall hat jetzt insgesamt 2.269.281 Mitglieder.
Davon sind 1.560.000 betriebsangehörig, das Rückgrat der IG Metall. Auch hier können wir ein Plus von 0,2 Prozent verzeichnen.
Seit dem Tiefpunkt in der Krise 2010 bis heute haben wir ein Mitgliederplus von rund 94.000 erzielt.

Wir können Ihnen diese erneut positive Gesamtbilanz heute vorstellen, weil im Jahr 2014 insgesamt 110.159 neue Mitglieder in die IG Metall eingetreten sind.

Das sind – um sich das einmal plastisch vor Augen zu führen – mehr Menschen als die gesamte Bevölkerung in Großstädten wie etwa Jena (106.915), Erlangen (105.412) oder Bremerhaven (108.323).

Um unsere Mitgliederzahl erneut zu steigern, mussten wir auch 2014 wieder geeignete Antworten auf die Ausdifferenzierung und Individualisierung unserer Arbeitsgesellschaft finden.

Wir folgen dabei unserem Verständnis einer zeitgemäßen Gewerkschaftspolitik. Ihr Kern ist, auf die sehr unterschiedlichen persönlichen Bedürfnisse jedes einzelnen Beschäftigten einzugehen.

Wir holen die Beschäftigten dort ab, wo sie stehen. Wir beteiligen unsere Mitglieder immer stärker an unserer politischen Schwerpunktsetzung. Das kommt bei den Beschäftigten an.

Wir sehen das an der Entwicklung einiger Beschäftigtengruppen, auf die wir uns besonders konzentriert haben. Das dient unserem Ziel, die Beschäftigtenstruktur in den von uns vertretenen Branchen auch bei unseren Mitgliedern abzubilden.

Das gelingt uns immer besser.

Seit 2007 haben wir über 150.000 Angestellte neu in die IG Metall aufgenommen. Der Mitgliederbestand ist seit dieser Zeit um 45.000 gewachsen. Insgesamt haben wir dort jetzt 312.758 Mitglieder. Das ist ein Plus von fast 15 Prozent seit 2007. Für 2014 bedeutet das einen Zuwachs von 1,5 Prozent.

Ebenfalls um fast 15 Prozent ist seit 2007 die Zahl unserer jungen Mitglieder unter 27 Jahren gestiegen. Genau 28.820 Mitglieder mehr haben wir gegenüber 2007, insgesamt sind jetzt 230.152 junge Menschen bei uns organisiert. In 2014 ein Plus von 1,3 Prozent.

Damit sind wir nach wie vor die größte politische Jugendorganisation in Deutschland.

Bei den Frauen hat die IG Metall in 2014 die 400.000er-Marke überschritten. Insgesamt haben wir jetzt 402.850 weibliche Mitglieder.

Und trotz hoher Fluktuation sind derzeit 45.000 Leiharbeiter bei uns organisiert. In 2014 sind mehr als 10.000 Leiharbeiter in die IG Metall eingetreten.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass mit Unterstützung der IG Metall und der Betriebsräte tausende Leiharbeiter mittlerweile in festen Arbeitsverhältnissen sind.

Unser Gesamtfazit bei der Mitgliederentwicklung ist:

Die IG Metall bleibt attraktiv und erfolgreich.

Wir werden unseren Kurs auch in 2015 beibehalten.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Es ist unser Ziel, Einheit durch Vielfalt herzustellen. Die IG Metall hat den Anspruch, in allen Bereichen, für die wir zuständig sind, Mehrheitsgewerkschaft zu sein.

Nur wer eine Mehrheit hat, bleibt gestaltungsfähig. Deshalb vertreten wir unseren Mehrheitsanspruch entlang der gesamten Wertschöpfungskette in unserem Organisationsbereich.

Wir werden nicht tatenlos zusehen, wenn Arbeitgeber vor starken Industriegewerkschaften in für sie günstigere Tarifbereiche „flüchten“.

Deshalb werden wir in den nächsten Monaten einen Schwerpunkt auf den Bereich der industriellen Dienstleistungen legen.

Die Veränderungen der industriellen Produktion sowie das Bestreben der Arbeitgeber nach weiterer Auslagerung von einzelnen Produktionsschritten macht dies notwendig.

Beschäftigte in den industrienahen Dienstleistungen der Metall- und Elektroindustrie dürfen nicht anders behandelt werden, weil sich das Firmenlogo oder die Farbe des Arbeitsanzugs geändert hat.

Für die Arbeitsvorbereitung bis zur Endmontage, für die Lagerverwaltung bis zur Produktion gilt: Wir brauchen ein System unterschiedlicher IG Metall-Tarifverträge.

Sehr geehrte Damen und Herren,
wir müssen Wertschöpfungsketten im internationalen Kontext denken. Deshalb werden wir die Internationalisierung unserer Gewerkschaftsarbeit verstärken. Wir haben dafür „gewerkschaftliche Joint Ventures“ entwickelt.

Um Arbeitsplätze und Arbeitsstandards langfristig zu sichern, müssen wir dem Unterbietungswettbewerb gemeinsam mit unseren Schwestergewerkschaften im Ausland begegnen.

Zurzeit arbeiten wir daran, zwei Pilotprojekte in den USA und in Ungarn auf die Beine zu stellen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
ich komme zur Bewertung der politischen Weichenstellungen im vergangenen Jahr:
Endlich hat eine Bundesregierung wieder politische Entscheidungen im Sinne der
Beschäftigten getroffen.

Der Mindestlohn und die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren sind zwei
wichtige Schritte in Richtung neuer Ordnung der Arbeit.

Ebenso drei weitere Punkte: die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen, die
Begrenzung von Leiharbeit oder das Rückkehrrecht zur früheren Arbeitszeit nach der
Elternzeit sowie das Elterngeld Plus.

Und mit dem Gesetzentwurf zur Tarifeinheit wird das Prinzip
„Ein Betrieb – eine Gewerkschaft“ gestärkt:

Die Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften darf nicht durch Konkurrenzkämpfe
untereinander geschwächt werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,
im Jahr 2015 muss die Politik weitere wichtige Kurskorrekturen vornehmen.

Erstens: Höhere Investitionen.

Die alte Gleichung – die Gewinne von heute sind die Investitionen von Morgen – gilt
heute nicht mehr.

Anstatt die Gewinne ins Ausland zu verschieben oder mit hohen Dividenden die
Anleger glücklich zu machen, müssen die Unternehmen unbedingt in moderne
Produktionstechnik investieren.

Das DIW hat für Deutschland (im europäischen Vergleich) eine Investitionslücke von
drei Prozent errechnet. Das sind 80 bis 100 Milliarden Euro.

Hier ist die Politik gefragt: Sie kann zum Beispiel durch Investitionszulagen oder einer Verkürzung der Abschreibungsfristen die Investitionsdynamik befeuern.

Auch der Staat muss deutlich mehr investieren:

In Verkehrswege, in das Bildungssystem, in intelligente Energienetze und die Breitbandanbindung.

Wir brauchen einen großen Wurf! Die von der Bundesregierung zusätzlich geplanten Investitionen in Höhe von zehn Milliarden Euro pro Jahr sind eindeutig zu wenig.

Wir brauchen pro Jahr mindestens 20 Milliarden Euro mehr staatliche Investitionen.

Zweitens: Trotz Mindestlohn und der besseren Regulierung von Leiharbeit ist der Arbeitsmarkt nach wie vor in Unordnung.

Das nächste wichtige Projekt muss die Regulierung von Werkverträgen sein.

Dabei geht es uns um Werkverträge, die durch Outsourcing entstehen und allein dem Zweck dienen, Tariflöhne zu drücken und die Mitbestimmung zu schwächen.

Wir wollen für die Betriebsräte eine Erweiterung ihrer Mitbestimmungsrechte: Hier muss es dringend Zustimmungsverweigerungsrechte geben. Außerdem eine Beweislastumkehr beim Nachweis legaler Werkverträge.

Nur mit diesem Sicherheitsnetz können Werkverträge sinnvoll reguliert werden.

Solche Regeln brauchen wir auch für prekäre digitale Arbeit – zum Beispiel beim sogenannten Crowdfunding. Durch Crowdfunding verschwindet nicht die Arbeit, aber der feste Arbeitsplatz. Erwerbsarbeit wird zu einer „Ware“, die global in virtuellen und rechtsfreien Räumen ohne soziale Absicherung gehandelt wird.

Der Auftraggeber kann das nationale Arbeitsrecht, Mindestlöhne und Tarifverträge einfach umgehen. Das darf dem Gesetzgeber nicht egal sein.

Sehr geehrte Damen und Herren,
eine Schicksalsfrage ist unser **dritter** Schwerpunkt, die industrielle Zukunft Deutschlands. Was die Industrie für Deutschland leistet, ist enorm. Die Industriegüterproduktion hat einen Anteil von 40 Prozent am gesamtwirtschaftlichen Produktionswert der deutschen Wirtschaft.

Zusammen mit den produktionsnahen Dienstleistungen hängen sogar knapp 60 Prozent direkt oder indirekt von der industriellen Produktion ab.

Die industrielle Wertschöpfung ist damit für den Wohlstand und die politische Stabilität in Deutschland von größter Bedeutung.

Damit das auch in Zukunft so bleibt, müssen wir unsere Industrie grundlegend modernisieren.

Wir stehen vor epochalen industriellen Umwälzungen! Nicht umsonst spricht man von der vierten industriellen Revolution, oder kurz: Industrie 4.0.

Sie ist gekennzeichnet durch globale Wertschöpfungsketten, durch Digitalisierung und vernetzte Fabriken, durch die enge Interaktion von Mensch und Maschine sowie eine neue Welle der Automation und Rationalisierung.

Was das für die Beschäftigten bedeutet, ist eine entscheidende Frage.

Das Fraunhofer Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation erwartet bis 2025 im Verarbeitenden Gewerbe durch Industrie 4.0-Technologien ein zusätzliches Wertschöpfungspotenzial von 62 Milliarden Euro.

Dagegen prognostiziert der Münchener Kreis, dass in den nächsten 10 bis 20 Jahren die Hälfte aller Berufe vom Aussterben bedroht ist, weil sie dem „technischen Fortschritt zum Opfer“ fallen.

Das Bild menschenleerer Fabriken mag übertrieben sein. Trotzdem gibt es das Risiko, dass Arbeitsplätze in der Produktion wegfallen.

Deshalb: Die Digitalisierung der Arbeitswelt darf nicht nur technisch erfolgreich sein, sondern muss auch sozial gestaltet werden.

Dafür engagiert sich die IG Metall!

Sehr geehrte Damen und Herren,
die industrielle Zukunft Deutschlands darf nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden.

Heute entscheidet sich, ob wir in zwanzig, dreißig Jahren immer noch von einem erfolgreichen „Industriestandort“ sprechen können.

Insbesondere bei der Aus- und Weiterbildung von Fachkräften gibt es enormen Nachholbedarf: Hoch technisierte Produktionsverfahren brauchen gut ausgebildete Beschäftigte in Industrie und Handwerk.

Deshalb muss die duale Ausbildung, um die wir übrigens weltweit beneidet werden, ein Grundpfeiler einer modernen und erfolgreichen Industrie bleiben.

Fakt ist aber, dass die Ausbildungsquote in der Metall- und Elektroindustrie in den letzten 20 Jahren so stark geschrumpft ist, dass ihre Zukunftsfähigkeit auf dem Spiel steht.

Seit 1994 ist die Zahl der Ausgebildeten in der Branche um 36,5 Prozent zurückgegangen. (Quelle IAQ Duisburg, Dez. 2014)

Das ist ein fataler Trend! Die Unternehmen müssen sich endlich stärker für die duale Ausbildung einsetzen und **dauerhaft** mehr Ausbildungsplätze anbieten.

Wir fordern deshalb, dass die Unternehmen nicht nur im Jahr 2015 20.000 zusätzliche Ausbildungsplätze anbieten (wie es in der *Allianz für Aus- und Weiterbildung* vereinbart wurde).

Sie müssen dieses Niveau auch in den Folgejahren halten.

Ebenso wichtig ist die Weiterbildung aller Beschäftigten, die wir zu einem zentralen Baustein unserer Tarifforderungen gemacht haben. Hierzu wird Jörg Hofmann gleich mehr sagen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
ein weiterer wichtiger Bestandteil für die Zukunftsfähigkeit der Industrie ist die Energiewende.

Nachhaltigkeit bei der Energiewende bedeutet für uns ein Dreiklang aus ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Aspekten.

Die Energiewende wird ökologisch und ökonomisch nur dann gelingen, wenn sie die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer energieintensiven Unternehmen nicht gefährdet.

Das heißt: Alle Maßnahmen, die zum Gelingen der Energiewende nötig sind, dürfen aber nicht zu erneut steigenden Strompreisen führen. Wir fordern deshalb ein Strompreis-Moratorium.

Arbeitsplätze, Wettbewerbsfähigkeit und Klimapolitik müssen so miteinander verbunden sein, dass nicht das eine gegen das andere ausgespielt wird.

Zudem sind fossile Brennstoffe wie Kohle und Gas eine wichtige Brückentechnologie für das Gelingen der Energiewende.

Investitionen in erneuerbare Energien und Brückentechnologien wird es aber nur geben, wenn es uns gelingt, durch verlässliche politische Rahmenbedingungen die Energieversorgung dauerhaft zu gewährleisten.

Sehr geehrte Damen und Herren,
die IG Metall wird sich bei den genannten Punkten engagieren und so zum Erfolg der deutschen Wirtschaft beitragen.

Damit uns das gelingt, haben wir gemeinsam mit dem Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel und dem BDI Präsidenten Ulrich Grillo das Bündnis zur „Zukunft der Industrie“ ins Leben gerufen.

Die Partner in diesem Bündnis sollen gemeinsam Lösungen für eine wissensbasierte und innovationsstarke Industrie finden: Die Gewerkschaften und Arbeitgeber, indem sie Beschäftigung und gute Arbeitsbedingungen als Basis für eine starke Industrie gestalten.

Der Staat, indem er für stabile wirtschafts- und industriepolitische Rahmenbedingungen sorgt.

Und die Unternehmen, indem sie in den Industriestandort Deutschland und in die Qualifizierung der Beschäftigten investieren.

Kurz: Die IG Metall wird auch in diesem Jahr wieder alles dafür tun, dass die Industrie in Deutschland erfolgreich ist.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.